

Antrag

der Abgeordneten **Naaß, Lochner-Fischer, Franzke**, Dr. Baumann, Berg, Biedefeld, Goertz, Hecht, Hirschmann, Dr. Kronawitter, Lück, Narnhammer, Odenbach, Peters, Pranghofer, Radermacher, Schieder Marianne, Schmidt Renate, Schmidt-Sibeth, Schmitt-Bussinger, Steiger, von Truchseß, Voget, Werner-Muggendorfer, Wörner **SPD**

Gender Mainstreaming als Verpflichtung für den Bayerischen Beschäftigungspakt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Chancengleichheitspolitik im Sinn des Gender Mainstreaming-Prinzips in den Bayerischen Beschäftigungspakt einzubeziehen und zwar mit folgenden Zielsetzungen:

- den überdurchschnittlich hohen Frauenanteil an den Arbeitslosen abzubauen
- ein ausgewogenes Beschäftigungsverhältnis von Männern und Frauen in allen Wirtschaftsbereichen und Berufen zu erreichen, insbesondere in den zukunftsträchtigen Berufen der IT-Branche
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Verbesserung der Rahmenbedingungen innerhalb und außerhalb der Unternehmen und Betriebe zu erleichtern durch
 - bedarfsgerechte Angebote von Tageseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen
 - familienfreundliche Arbeitszeitgestaltung
 - flexible Anwendung der Elternzeit-Freistellung
 - situationsgerechte innerbetriebliche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen
 - Motivierung von Frauen, sich neuen, zukunftsweisenden Berufssparten zuzuwenden
 - Wiedereingliederungsprogramme

Begründung:

Gleichstellungspolitische Fortschritte in der Arbeitswelt lassen sich nicht durchsetzen ohne die Bereitschaft der Tarifpartner, ihrerseits aktiv dazu beizutragen. Die beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Union appellieren daher ausdrücklich an die Mitgliedstaaten, in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern vorzugehen. Es bedarf einer Kombination aus politisch vorgegebenen Rahmenbedingungen und betrieblichen sowie tarifpolitischen Maßnahmen.